dem die Mehrforderungen an Geld in keinem Verhältniß stehen. Dort handelt es sich um Milliarden, hier nur um hundert Millionen, die sich überdies auf 3 bis 4 Jahre vertheilen.

Feldmarschall Graf Moltke that den Ausspruch, wir müßten fünfzig Jahre eine schwere Rüstung tragen, um das 1870 Errungene zu behaupten. Sie hat uns fünfundzwanzig Jahre den Frieden bewahrt, und sie wird es auch ferner thun, wenn wir sie blank erhalten. Unsere Armee steht auf ihrem Höhepuncte und wird ihn bewahren, die Marine noch nicht. Sie muß so bald wie möglich dahin gebracht werden, damit zur See unserem Handel, dem Lebensnerv eines Staates, nicht Wunden geschlagen werden, die Jahrhunderte zur Heilung bedürfen, während wir es in der Hand haben, ihnen zuvorzukommen.

Es ist wohl allgemein anerkannt, daß unsere Seeleute die besten sind, die es giebt. Sie werden sich ebenso tapfer, hingebend und heldenmäßig schlagen wie ihre Kameraden der Armee, aber was hilft das, wenn ihnen nicht die Schiffe zu Gebote stehen, die ihren Sieg in Aussicht stellen!

Wenn Frankreich im Stande ist, in den nächsten zehn Jahren 800 Millionen Franken allein für Neubauten von Schiffen aufzuwenden mit dem Gedanken, uns anzugreifen, sollte Deutschland, das zwölf Millionen Einwohner mehr zählt, nicht hundert Millionen in drei bis vier Jahren aufbringen können, um uns zu vertheidigen?

Videant consules, ne quid respublica detrimenti capiat!

Deutsches Reich.

id. **Leipzig**, 29. October. Bei der Schlußsteinlegung im Reichsgericht hat der Kaiser, wie uns mitgetheilt wird, den Staatsminister Dr. von Boetticher dadurch in besonderer Weise ausgezeichnet, daß er kurz vor Beginn des feierlichen Actes, nachdem er sich schon gesetzt hatte, sich erhob, auf den Staatsminister zuschritt und ihm in herzlicher Weise die Hand drückte.

△ **Berlin**, 29. October. Wir haben die Genugthuung, die „Freis. Ztg." insofern auf unserer Seite zu sehen, als das Blatt einer eindringlichen Warnung vor der Betheiligung an afrikanischen Minengesellschaften seine Spalten öffnet. Der Unterschied ist nur, daß wir am 15. August von der Aufnahme von Minenactien durch das Privatpublicum abgemahnt haben, während die „Freis. Ztg." dies erst am 27. October angezeigt fand. Mittlerweile waren ungezählte deutsche Kinder in den afrikanischen Brunnen gefallen, und freisinnige Organe sind daran nicht ohne Schuld. Wenn sie jetzt von scrupulöser Mache reden, die sich die Kleinen, die Unwissenden zu Opfern ausersehen, von Beutezügen, so war im August bei ihnen viel Rühmliches von den Gründern und ihren Gründungen zu lesen, förmliche Anpreisungen, die durch den Umstand, daß sie das ausdrückliche „hereinspaziert, meine Herrschaften" vermieden, an ihrer Werbekraft mindestens nichts einbüßten. Die „Voss. Ztg." ging sogar so weit, gerade im Interesse des „unerfahrenen Privatcapitalisten" heftige Vorwürfe in bittere Klagen darüber zu verweben, „daß durch enge Gesichtspuncte den deutschen Märkten die Mitwirkung auf jenem großen, jetzt so maßgebend für die Gestaltung des Minenactiengeschäfts gewordenen Gebiets unmöglich gemacht worden ist". Nach unserer Meinung haben sich die Aufsichtsorgane der deutschen Märkte ein besseres Anrecht auf Dank und die Anerkennung ihrer Einsicht erworben, als die Zeitungen, die die mit der Zurückhaltung der öffentlichen Märkte stillschweigend ausgesprochene Meinung dem Publicum nach Kräften ausgeredet haben. Den in Deutschland wirkenden Agenten für Goldshares sind natürlich jene in Rosa und Gold getauchten publicistischen Malereien trefflich zu Statten gekommen. Da die Bemühungen, deutsches Geld in den englisch-afrikanischen Abgrund zu ziehen, noch keineswegs aufgehört haben — in Berlin z. B. betreiben jetzt Leute das Unterbringen von Minenactien im kleinen Publicum vollkommen in der Art der Stadtreisenden —, so ist es dankenswerth, daß auch das führende freisinnige Organ an der Aufklärung des Publicums sich zu betheiligen anfängt. Die „Freis. Ztg." würde aber das Verdienstliche ihres Beginnens erhöhen, wenn sie dabei auf die Verfolgung von Nebenzwecken verzichtete, wie ein solcher ohne Zweifel beabsichtigt wird, wenn sie die Warnung vor dem Minenschwindel in der für colonialpolitische Mittheilungen und Raisonnements bestimmten Abtheilung ihres Blatt unterbringt. Die deutsche Colonialpolitik hat mit den englisch-französisch-afrikanischen „Raubzügen" nicht den geringsten ursächlichen Zusammenhang. Sie ist nur insofern nicht ganz ohne Einfluß auf die Chancen der Minenschwindler gewesen, als unser Colonialbesitz der Kenntniß afrikanischer Verhältnisse eine vordem nie gekannte Verbreitung in Deutschland verschafft und so mittelbar den Verführungskünsten der Minengesellschaften ein Gegengewicht gegeben hat. Parteipolitischer Profit läßt sich mithin aus den Verlusten, die das deutsche Nationalvermögen an Goldactien erleidet, nicht herausschlagen. Wenigstens dort nicht, wo die „Freisinnige Zeitung" steht.

* **Berlin**, 28. October. Die „Post" berichtet: Das königliche Seeamt in Flensburg verhandelte am Sonnabend zum zweiten Mal über die Explosion auf dem Torpedojäger G. 14 am 27. Mai d. J. in der Eckernförder Bucht. Bereits am 13. Juli d. J. hat die erste Verhandlung stattgefunden, die damals vertagt wurde, um den leitenden Maschinisten Duge, der sich auf der Reise nach Marokko befand, nach seiner Rückkehr als Zeugen zu laden. Als weitere Zeugen waren jetzt erschienen: der Ober-Ingenieur Zeitz von der Germaniawerft in Kiel und die Maschinisten Sachau und Zeitz, sowie der Director Nagen aus Kiel als Sachverständiger. Der Dampfer G. 14, ein sogenannter Torpedojäger und für Rechnung der türkischen Regierung auf der Germaniawerft in Kiel erbaut, machte am 27. Mai d. J. eine Probefahrt nach der Eckernförder Bucht. Die Fahrt begann um 9 Uhr Vormittags, war eine forcirte und es wurde 10 Uhr 50 Minuten die größte Fahrtgeschwindigkeit erreicht. Der höchste Atmosphärendruck war 13¾, der nach verminderter Fahrt nach 11 Uhr 11,8 betragen hat. Im Heizraum wurde bemerkt, daß Wasser im Kessel mangelte, und deshalb nach mehr Wasser telegraphirt. Nachdem diesem Wunsche aus dem Condensator Folge gegeben und später diese Speisung nochmals vorgenommen worden war, theilte der verunglückte Heizer Klatt dem leitenden Maschinisten Duge abermals mit, daß dem Kessel Wasser fehle, worauf die Hilfspumpe angesetzt wurde. Unmittelbar darauf erfolgte die Explosion, der 13 Menschenleben zum Opfer fielen, wohingegen 10 Verwundete wieder hergestellt worden sind. Während der Oberingenieur Zeitz die Oberleitung auf dem Torpedojäger hatte, waren dem Maschinisten Duge der Maschinenraum und dem ums Leben gekommenen Werkmeister Rose der Heizraum zur Beaufsichtigung unterstellt. Nach dem Gutachten der Sachverständigen sind der Werkmeister Rose und der Heizer Klatt, nicht die Ingenieure, für den Unfall verantwortlich. — Der Reichscommissar Capitain z. S. z. D. v. Trenenfeld führte aus, daß der Wassermangel im Kessel die Explosion herbeigeführt habe und das Ansetzen der Hilfspumpe als die unmittelbare Ursache der Explosion anzusehen sei. Nach seiner Ansicht seien nicht Rose und Klatt für den Unfall verantwortlich, sondern ausschließlich der leitende Maschinist Duge; das Maschinenpersonal sei übrigens nicht genügend gewesen. Anträge habe er nicht zu stellen. Das Seeamt verkündete Nachmittags 5 Uhr seinen Spruch und zwar dahin, daß, wie auch das Gutachten der Sachverständigen ergeben habe, die Ursache des Unfalls auf den Wassermangel des Steuerbordkessels zurückzuführen sei und das plötzliche Hinzutreten des kalten Wassers durch die Hilfspumpe die Explosion hervorgerufen habe. Der Werkmeister Rose war in erster Linie für den Heizraum verantwortlich und hätte das Unglück durch Fallenlassen des Rostes leicht verhüten können; da alle im Heizraum Beschäftigten ihr Leben eingebüßt hatten, habe sich nicht feststellen lassen, weshalb Rose dieses einfache Auskunftsmittel nicht angewendet habe. Der Maschinist Duge habe den Maschinenraum nicht verlassen dürfen und es treffe diesen deshalb keine Schuld. Die Direction der Germaniawerft hätte für eine bessere Beaufsichtigung des Heizraumes sorgen müssen, dieser Vorwurf könne derselben nicht erspart werden. Die Construction der Kessel müsse als eine sehr gefährliche bezeichnet werden, weil sie zu wenig Raum für das Wasser haben, und bei forcirten Fahrten könne leicht Wassermangel eintreten, wenn nicht ganz besondere Sorgfalt beobachtet werde. Ob bei den Kesseln der Torpedos eine andere Construction sich empfehle, sei nicht Sache des Seeamts, zu entscheiden; jedenfalls sei eine bessere Verbindung zwischen Heizraum und Maschinenraum nothwendig, da man nicht erkennen könne, ob der Telegraph aus dem Vorder- oder Hinterraum komme. Die Anbringung eines Sprachrohres zwischen den leitenden Räumen sei durchaus wünschenswerth.

* **Berlin**, 29. October. Nach der Haltung, welche die Presse des Centrums in der letzten Zeit gegenüber der Socialdemokratie eingenommen, durfte es als zweifellos gelten, daß die Partei bei der Stichwahl in Dortmund mit voller Kraft für Herrn Möller eintreten werde. Nicht, weil sich an den principiellen Gegensätzen zwischen Nationalliberalismus und Centrum irgend etwas geändert hätte — davon kann selbstverständlich keine Rede sein —, sondern weil es ein gemeinsames Interesse aller bürgerlichen Parteien ist, daß in einem der wichtigsten industriellen Wahlkreise Deutschlands der Socialdemokratie eine vernichtende Niederlage beigebracht werde. So weit wenigstens müßte die Bevölkerung sich doch wohl „ermannen" können. Wir glauben auch jetzt nicht, daß die Centrumspartei des Wahlkreises einen andern Beschluß fassen werde; aber es muß erwähnt werden, daß der klerikale „Westfäl. Merkur" schreibt: „Für die Centrumsanhänger ist bei der Stichwahl natürlich (!) Wahlenthaltung geboten." Man wird ja bald erfahren, ob dies auch anderwärts, in der Centrumspartei „natürlich" gefunden wird. Dem Freisinn genügt aber solche indirecte Unterstützung der Socialdemokratie nicht: „directes Eintreten für den socialdemokratischen Candidaten ist es, was die „Berl. Z." in folgender Ausführung verlangt:

„Diesmal steht der Ausgang der Stichwahl wieder auf des Messers Schneide. Die Socialdemokraten kündigen an, daß sie das Aeußerste aufbieten wollen, um den Wahlkreis zu erobern; das kann ihnen aber aus eigener Kraft allein diesmal um so weniger gelingen, als der nationalliberale Candidat schon bei der Hauptwahl einen geringen Vorsprung gewonnen hat. Von unseren Parteigenossen hoffen wir, daß sie bei der Stichwahl nicht zu Hause bleiben, sondern ihre Stimmen gegen den nationalreactionären Herrn Möller in die Wagschale werfen werden."

Was sagt die Leitung der Freisinnigen Partei zu dieser schmählichen Haltung? Wird sie dieselbe, wie es erforderlich ist, mißbilligen und das Ihre dazu thun, um die Wähler vor solcher demagogischen Irreleitung zu schützen?

Y. **Berlin**, 29. October. (Telegramm.) Der **Kaiser** gedenkt, heute Abend von Liebenberg nach dem Neuen Palais zurückzukehren.

≈ **Berlin**, 29. October. (Telegramm.) Das **preußische Staatsministerium** trat heute Nachmittag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Fürsten Hohenlohe zu einer Sitzung zusammen.

∞ **Berlin**, 29. October. (Telegramm.) Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht von den Ministern des Cultus, der Justiz und des Innern erlassene Anweisungen über die **Aufnahme und Entlassung Geisteskranker, Idioten und Epileptischer** in und aus Privat-Irrenanstalten, sowie über die Einrichtung, Leitung und Beaufsichtigung solcher Anstalten.

⊙ **Berlin**, 29. October. (Telegramm.) Der **Colonialrath** beendete heute den Togo-Etat und drückte seine Befriedigung über die fortgesetzt günstige Entwickelung dieses Schutzgebietes aus. Die darauf folgende Generaldebatte über den Etat für Südwestafrika gab Anlaß zur Erörterung von Fragen über Besiedelung, Erhebung von Zöllen und Abgaben, sowie über das Vorgehen einzelner in dem Schutzgebiete bestehender Gesellschaften.

B. **Berlin**, 29. October. (Privattelegramm.) Bezüglich des Baues der **deutsch-ostafrikanischen Centralbahn** besteht nach der „Nat.-Ztg." die begründete Hoffnung, der nach Ostafrika gesandte Geheimrath Bormann werde das nöthige Material so zeitig beschaffen, daß dem Bundesrath und Reichstag noch in der bevorstehenden Session die erforderlichen Vorlagen gemacht werden können, was die bestimmt ausgesprochene Absicht der Reichsregierung sei.

B. **Berlin**, 29. October. (Privattelegramm.) In der Debatte über den am Sonnabend von Professor Lehmann aus Rostock gehaltenen Vortrag über „Das Colonial-Gesellschaftsrecht in der Vergangenheit und in der Gegenwart" empfahl der Vortragende, um eine größere Elasticität des Gesellschaftscapitals herbeizuführen, eine Abänderung des geltenden **Actienrechts für Colonial-Gesellschaften**, damit zur Ausgabe von 20-Mark-Antheilen übergegangen werden könne. Die „Post" knüpft hieran die Bemerkung, daß die Einführung solcher Antheile auch ohne eine Aenderung der Gesetzgebung möglich sei; nach dem Colonialgesetz von 1880 bedürfe es nur eines Beschlusses des Bundesraths, um diese Einführung zu ermöglichen.

‡ **Berlin**, 29. October. (Telegramm.) Der „Nordd. Allgem. Ztg." zufolge wird der vortragende Rath im Cultusministerium **Moltke** an Stelle des ausscheidenden Geh. Raths Jordan zum Director der National-Gallerie ernannt werden.

= **Berlin**, 29. October. (Telegramm.) Heute begann der **Majestätsbeleidigungsproceß Dierl und Genossen** vor dem Landgerichtsdirector Brausewetter. Angeklagt waren der Redacteur des „Vorwärts" Dierl, Redacteur Pfund und der Redacteur des „Teltower Volksblattes" Raudmann. Unter den Zeugen befand sich der Oberhofmeister Graf Mirbach. Zur Anklage stand unter Anderm der Artikel über die „Kameel"-Inschrift in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnißkirche. Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Heine, bemängelte die unvorschriftsmäßige Besetzung des Gerichtshofes, bewirkt durch die unrichtige Benennung der Anklage nach dem Angeklagten Dierl, und die ungehörige Zusammenziehung verschiedener Strafsachen. Erster Staatsanwalt Drescher begründete die Benennung der Strafsache nachdrücklich damit, daß Dierl die Veranlassung des ganzen Processes zunächst durch den Artikel im „Vorwärts" unter seiner Verantwortlichkeit gewesen sei, daß nachher der Artikel unter der Verantwortlichkeit Pfund's hinzugekommen und daß die Verbindung der Strafsachen durch den Abdruck im „Volksblatte" unter der Verantwortlichkeit Raudmann's eingetreten sei. Dierl fielen ferner fünf Beschuldigungen in drei Artikeln, Pfund drei im zwei Artikeln zur Last; daher sei Dierl der Hauptschuldige. Nach einer Erwiderung des Rechtsanwalts Heine trat der Gerichtshof in die Verhandlung ein. Im Verlauf derselben erklärte Graf Mirbach, er habe als Mitglied des Kirchenbau-Vereins an die Stadt Berlin eine Petition um Beihilfe zum Bau der Kaiser Wilhelm-Gedächtnißkirche gerichtet, habe Fühlung mit den Fractionsführern der Stadtverordneten-Versammlung genommen und auch Singer besucht, um nicht den Anschein einer Zurücksetzung zu erwecken. Singer habe ihn freundlich empfangen. Er habe Singer gebeten, in der Stadtverordneten-Versammlung für möglichst sachliche Behandlung der Petition zu wirken, und Singer habe ihm dies auch versprochen. Der bald darauf auch im „Vorwärts" erschienene Artikel, der zwar scharf die Beihilfe zum Kirchenbau bekämpfte, sei sachlich gehalten gewesen. Der Staatsanwalt beantragte gegen Dierl 1 Jahr 3 Monate, gegen Pfund 1 Jahr 2 Monate und gegen Raudmann 1 Jahr Gefängniß.

B. **Berlin**, 29. October. (Privattelegramm.) Freiherr **v. Langen** antwortete auf eine ihn betreffende Zeitungsmeldung im „Nl. Journal":

„Es ist nicht wahr, daß ich „seit Jahren über das Privatleben des Freiherrn von Hammerstein unterrichtet war", ich habe vielmehr von demselben erst nach dem Zusammenbruch des v. H. Kunde erhalten. — Es ist nicht wahr, daß ich dem Freiherrn von Hammerstein „bedeutende Summen Geldes übergab", ich habe ihm vielmehr keinen Pfennig gegeben, bin auch nie von ihm darum angegangen worden. — Es ist nicht wahr, daß ich „mit Hammerstein zusammen scurrige Artikel in der „Kreuzztg." veröffentlichte"; ich habe vielmehr in genanntem Blatte nur solche Artikel veröffentlicht, die von mir allein und mit meinem vollen Namen unterschrieben waren."

Gleichzeitig läßt ein Herr Maaß als controlirendes Mitglied des Verwaltungsraths der „Borussia" der „Nat.-Ztg." folgende Berichtigung zugehen:

„Dem Herrn von Hammerstein, damals Vorsitzenden und zugleich controlirenden Mitgliede des Verwaltungsraths der Borussia ist i. J. von der Direction ein Darlehn von 15 000 ℳ gegen Hinterlegung von Nominal 15 000 ℳ Kur- und Neumärkischer Pfandbriefe gewährt worden. Diese Effecten wurden ordnungsmäßig von der Casse der Borussia übernommen und haben sich bis zur Rückzahlung im Tresor der Gesellschaft befunden. Das Darlehn ist von Herrn von Hammerstein mit 5 Procent verzinst und baar mit den Zinsen zurückgezahlt worden. Provisionen sind bei diesem Geschäfte von keiner Seite weder verlangt noch gezahlt worden. Als controlirendes Mitglied des Verwaltungsraths hatte Herr von Hammerstein eine ihm vom Verwaltungsrath im Rahmen des Statuts bewilligte Remuneration zu beziehen. Verluste hat die Gesellschaft durch Herrn von Hammerstein weder bei diesem Geschäft noch sonst zu erleiden gehabt. Es ist unwahr, daß zur Verdeckung dieses Geschäfts falsche Bilanzen aufgestellt worden sind. Das Darlehen war bereits seit mehreren Jahren zurückgezahlt, als seitens der General-Agenten eine Anzeige bei dem Polizei-Präsidium resp. bei dem landwirthschaftlichen Ministerium angebracht wurde. Durch einen Commissar der Regierung hat unter Mitwirkung des Unterzeichneten als controlirendes Mitglied eine genaue Prüfung der gesammten Geschäftsführung stattgefunden, welche die Grundlosigkeit der angebrachten Denunciation ergab."

— Die Ernennung des Conte-Admirals z. D. Aschenborn zum Marine-Commissar für den Kaiser-Wilhelm-Canal läßt wieder den Wunsch hervortreten, daß auch ein Handels-Commissar für die Interessen des Verkehrs, des Handels und der Kauffahrteischifffahrt bei dem Canal bestellt werde. Die Klagen über eine ungenügende Berücksichtigung dieser Interessen wollen nicht verstummen.

— Ihr 25jähriges parlamentarisches Jubiläum feiern in diesem Herbste der Vicepräsident des Abgeordnetenhauses Freiherr von Heereman und die Abgeordneten Rickert, Dr. Brüel, von Kehler und Dr. Lieber. Von den Genannten haben Rickert und Dr. Brüel stets denselben Wahlkreis vertreten.

— Der erste Director des Norddeutschen Lloyds, Herr Wiegand, ist zum Mitgliede des Colonialrathes ernannt worden.

— Die hiesige dänische Gesandtschaft hat eine Intervention in Sachen des wegen Majestätsbeleidigung verhafteten dänischen Schauspielers Marx abgelehnt.

O. **Oldenburg**, 29. October. (Privattelegramm.) Gestern fand hier ein Familienrath des oldenburgischen Fürstenhauses statt, an welchem außer dem Großherzog, dem Erbgroßherzog und dem Herzog Georg auch der aus Paris erschienene Herzog Alexander theilnahm. Man vermuthet, daß über die Thronfolgefrage berathen wurde. Herzog Alexander ist gestern Abend nach Petersburg abgereist.

* **Bremen**, 29. October. (Telegramm.) „Bösmann's telegraphisches Bureau" meldet: Anläßlich der beim „Vulkan" in Stettin und bei Schichau in Elbing seitens des „Norddeutschen Lloyd" ertheilten Auftrags zur Erbauung neuer Schnelldampfer ist diesem vom Kaiser folgendes Telegramm zugegangen: „Mit lebhafter Freude habe Ich die Meldung von der großartigen Bestellung bei den Werften „Vulkan" und Schichau entgegengenommen, wodurch zugleich die so erfreuliche Fortentwickelung des „Norddeutschen Lloyd", sowie das so dankenswerthe Bestreben in Erscheinung tritt, die heimischen Werftstätten durch so vertrauensvolle Aufgaben zu stärken. Möchten die höchsten Erwartungen durch die Leistungen der Werften übertroffen werden! Wilhelm I. R."

* **Hannover**, 27. October. Der 28. October ist der Geburtstag des in letzter Zeit viel genannten ältesten Sohnes des Herzogs von Cumberland. Das hiesige Welfenblatt widmet dem Prinzen unter der Ueberschrift: „Heil Prinz Georg Wilhelm von Hannover!" einen Glückwunsch, in dem es heißt:

„Sowohl die heilige Handlung der Confirmation Ihr in diesem Jahre bevorsteht) als auch der Eintritt in das 16. Lebensjahr sind in mancher Beziehung von besonderer Bedeutung. Es beginnt das Lebensalter, in dem auf Grund der Erziehung im elterlichen Hause der Charakter sich bildet. Wir haben zum erstgeborenen Prinzen unseres angestammten Königshauses das feste Vertrauen, daß er als Sohn seiner erhabenen Eltern, als Erbe der Ahnen des ruhmvollen Welfenhauses, stets seiner Rechte und Pflichten, die seine hohe Stellung, zu der er geboren ist, bedingen, eingedenk sein und bleiben wird. Möge der Prinz wie sein herzoglicher Ahnherr Georg als Feldherr, wenn es sein muß, für Deutschlands und Hannovers Recht und Freiheit Lorbeeren ernten; möge er wie die Könige Georg III., IV. und V. unbeugsam das Recht seines Hauses und Volkes vertreten und so die Pflicht erfüllen, die sein hoher Beruf ihm auferlegt. Zur Geltendmachung von Gottes Gesetz und Ordnung auf Erden möge es ihm als Namensträger des heiligen Georg gelingen, den Drachen der Revolution, von wo er kommt, zu besiegen! Das ist unsere Hoffnung für die Zukunft!"

Mit Rücksicht auf die Rolle, die man dem Prinzen „Georg Wilhelm von Hannover" bei den Erörterungen über die braunschweigische Thronfolge zugedacht hat, bedarf dieser beziehungsreiche Glückwunsch wohl keines weiteren Commentars.

* **Detmold**, 29. October. Das „Lipp. Volksbl." schreibt: „In verschiedenen uns vorliegenden Blättern finden wir eine Correspondenz aus Detmold, in welcher eine kürzlich unternommene Urlaubsreise des Herrn Cabinetsministers v. Oertzen mit der lippischen Thronfolgefrage in Verbindung gebracht wird. Es ist in dieser Correspondenz sogar von Bemühungen des Herrn Ministers an den süddeutschen Höfen wegen des von der lippischen Regierung beim Bundesrath gestellten Antrages die Rede. Dem gegenüber sind wir von zuständiger Seite zu der Erklärung ermächtigt, daß die gedachte Reise lediglich eine private, zu dem Zweck der Erholung unternommene war, da der Minister v. Oertzen im Sommer Zeit zu einer solchen nicht gefunden hatte. Es ist auch deshalb keinerlei Besuch bei irgend einem süddeutschen Hofe abgestattet worden."

* **Dortmund**, 29. October. (Telegramm.) Bei der am 25. d. in dem Reichstagswahlkreise Dortmund vorgenommenen Ersatzwahl erhielten nach amtlicher Feststellung Dr. Lütgenau (Socialdemokrat) 17 182 Stimmen, Commerzienrath Möller (nationalliberal) 17 117 Stimmen, Lensing (Centrum) 14 636 Stimmen. Es ist somit eine Stichwahl zwischen Dr. Lütgenau und Möller erforderlich.

* **Gera**, 29. October. (Telegramm.) Der Landtag ging heute über den Wahlprotest der Socialdemokraten zur Tagesordnung über und bestätigte sämmtliche Wahlen. Zum Vorsitzenden wurde Finanzrath Fürbringer gewählt.

* **Coburg**, 29. October. (Telegramm.) Im hiesigen Residenzschlosse fanden heute Sitzungen des Ausschusses für die Errichtung eines Denkmals für Herzog Ernst II. von Sachsen-Coburg und Gotha statt, an welchen auch Herzog Alfred theilnahm. Derselbe begiebt sich morgen nach Darmstadt und setzt übermorgen die Reise nach London fort.

* **Frankfurt**, 28. October. (F. Z.) Der deutsche Verband kaufmännischer Vereine, welcher 82 Vereine mit über 100 000 Mitgliedern umfaßt, hat über die Ausführung und die Wirkungen der Bestimmungen über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe an das Reichsamt des Innern eine Denkschrift gerichtet, welche das Ergebniß einer Umfrage bei den Verbandsvereinen zusammenfaßt.

* **Mainz**, 27. October. Am 17. Juli 1893 brachte das ultromontane „Mainz. Journ." eine Mittheilung, nach der ein Schwindsüchtiger bei der Musterung in Mainz als diensttauglich befunden und in das Darmstädter Trainbataillon aufgenommen worden sei. Als Urheber der Mittheilung, die „Alles, was kriechen kann, wird genommen", überschrieben war, wurde der hiesige praktische Arzt Dr. Schachleitner ermittelt; dieser hatte den Soldaten vor der Musterung behandelt. Wie man voraussah, hatte sich der Redacteur des genannten Blattes wegen der Nachricht vor dem Schöffengericht zu verantworten; doch erfolgte ein Freispruch, weil Dr. Schachleitner Alles auf seinen Eid nahm. Der Staatsanwalt beschritt die zweite Instanz, und nunmehr wurde der Redacteur wegen Beleidigung der Militairbehörde zu 100 ℳ Strafe verurtheilt. Von Amts wegen war der angeblich schwindsüchtige Soldat ins Lazareth geschafft worden, aber trotz gewissenhaftester Prüfung konnten die Aerzte an dem jungen Mann keine Krankheitszeichen entdecken; es ergab sich, daß er durchaus gesund war. Um das Mißgeschick von Dr. Schachleitner voll zu machen, sagte auch noch der Soldat, dessen Worte von seiner Mutter eidlich bekräftigt wurden, aus, daß er mit einem Blutsturz gehabt, was Dr. Schachleitner — ebenfalls eidlich — behauptet hatte. Die Staatsanwaltschaft nahm jetzt an, daß Dr. Schachleitner einen fahrlässigen Falscheid geleistet habe, und erhob deshalb Anklage gegen den Arzt. In der vorgestrigen Sitzung der hiesigen Strafkammer kam der Fall zur Verhandlung. Dr. Schachleitner blieb bei seinen früheren Aussagen; er habe die volle Wahrheit nach seiner Ueberzeugung als Arzt ausgesagt; selbst heute noch bleibe er dabei, daß der Soldat schwindsüchtig sei. Was die Frage des Blutsturzes betreffe, so wären dieser und Blutspeien wissenschaftlich dasselbe. Dieser Ansicht des Angeklagten standen die Urtheile der Militairärzte gegenüber. Der Staatsanwalt sah die Fahrlässigkeit des Dr. Schachleitner als erwiesen an; er beantragte gegen ihn wegen Falscheides 4 Monate Gefängniß. Dagegen führte der Vertheidiger aus, daß den Angeklagten, der nur seiner wissenschaftlichen Ueberzeugung gefolgt sei, kein Vorwurf treffen könne. Der Gerichtshof beschloß den Urtheilsspruch erst in einer Woche zu verkündigen. (Voss. Z.)

* **München**, 29. October. (Telegramm.) Kammer der Abgeordneten. Bei der fortgesetzten Etats-Berathung griffen verschiedene Redner die auswärtige Politik des Reiches wegen der Stellung zu Rußland an. Minister von Crailsheim erwiderte: „Ueber die Führung der auswärtigen Politik ist man in Deutschland beruhigt, da sie in den Händen eines der erfahrensten Staatsmänner liegt. Rußland ist ein so bedeutender Factor, daß bei wichtigen Fragen zu überlegen ist, welche Stellung Rußland einnehmen wird. Der bayerisch-russische Auslieferungs-Vertrag besteht zehn Jahre, aber noch niemals ist auf Grund dieses Vertrags irgend eine Auslieferung verlangt worden." Der Minister vertheidigte sodann die Stellung der bayerischen Regierung zu der Umsturzvorlage, den Handelsverträgen und der Börsengesetzgebung. Der Etat wird schließlich genehmigt.

Oesterreich-Ungarn.

* **Wien**, 29. October. (Telegramm.) Der Kaiser ist heute früh hier wieder eingetroffen. (Wiederholt.)

* **Wien**, 29. October. (Telegramm.) Eine Deputation der gegenwärtig hier tagenden evangelischen Generalsynode wurde vom Ministerpräsidenten, dem Unterrichtsminister und dem Finanzminister empfangen. Badeni erklärte, er werde der evangelischen Kirche stets bereitwillig entgegenkommen, so oft sie mit besonderen Wünschen an ihn herantrete. Gautsch sagte zu, er werde sich der Bedürfnisse der evangelischen Kirche wie in seiner früheren Amtsthätigkeit, so auch in Zukunft thatkräftig annehmen. Der Finanzminister Bilinski endlich bemerkte, er erkenne das Recht der evangelischen Kirche an, im Interesse geordneter Zustände die Beihilfe öffentlicher Mittel in Anspruch zu nehmen. (Mgzb. Ztg.)

* **Wien**, 29. October. (Telegramm.) Der Wiener Gemeinderath wählte heute Dr. Lueger mit 93 Stimmen zum Bürgermeister; 44 leere Stimmzettel (die der Liberalen. D. Red.) wurden abgegeben, ein Gemeinderath hatte sich schriftlich entschuldigt. (Wiederholt und berichtigt.)

Frankreich.

* **Paris**, 29. October. (Telegramm.) Der Präsident Faure empfing heute Vormittag Ribot, mit welchem er die Lage besprach. Für Nachmittag wird er Challemel-Lacour und Brisson entbieten lassen. (Wiederholt.)

* **Paris**, 29. October. (Telegramm.) Die Neubildung des Ministeriums wird große Schwierigkeiten bereiten, da Bourgeois, der die meisten Aussichten besitzt, wegen seiner radicalen Anschauungen bei den Opportunisten unbeliebt ist. In Folge des gestrigen Kammerbeschlusses muß auch gegen die auf der Floryliste befindlichen Parlamentarier neuerdings strafgerichtlich vorgegangen werden, was die Lage des künftigen Ministeriums erschwert.

Italien.

* **Rom**, 29. October. (Telegramm.) Dem „Popolo Romano" zufolge ist der Zeitpunct für den Wiederzusammentritt der Kammern auf den 25. November festgesetzt.

(Fortsetzung in der 1. Beilage.)

Bureau Debet & Credit (Bohndorff & Co.) Leipzig,
gegr. 1877. Schletterstrasse 3,
erth. Auskünfte üb. Firm. od. Privatpers. d. In- u. Ausl.; besorgt Incass. Ag. u. solv. Adr. all. Branch., sow. Einz. v. Geld. u. g. Bed. & Ref. a. all. Pl.

Bester Erfolg in allen Krankheiten.
Höchst einfache und angenehme wissenschaftlich begründete Heilmethode der Doctoren v. Alimonda. Sicherste Selbstbehandlung. Gratis-Broschüre bei J. Mion, Leiter der großen Fabrik der bezüglichen patentirten elektrischen Apparate zu Sagrado bei Görz.

Focke's Messerputz- u. Wringmaschinen-Rep.-Anst. Erdmannstraße 16.

CHOCOLADE Lebeck & Co. Kgl. Hoflieferanten DRESDEN CACAO

Karl Schröder & Co.
Leipzig,
Schloßgasse Nr. 11,
Kronleuchter
für Gas, elektrisches Licht und Petroleum in größter Auswahl.